

C·A·PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik
 Forschungsgruppe Deutschland
 Forschungsgruppe Europa
 Forschungsgruppe Jugend und Europa
 Forschungsgruppe Zukunftsfragen

FAZIT: Regieren – Zwang zur Global Governance



Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gab es Anlass zur Zuversicht. Doch der Terroranschlag auf Amerika, auf die gesamte Freiheit und Zivilisation hat die Welt schockiert. Pläne müssen überdacht, langfristige Strategien entwickelt werden. Die Gefahr eines Krieges und die Gefahr von Anschlägen machen neuartige Konzepte zur Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit notwendig. Die Bedrohung ist neu. Bis zum Dienstag, den 11. September rechnete man zu den Herausforderungen einer globalisierten Welt nicht diese brutale und bis dahin unbekannte Form des Terrors. Dass internationale Verflechtungen enger wurden, begriff man eher als Chance



denn als Risiko. Eine internationalisierte Wirtschaft eröffnete und eröffnet neue Gestaltungsmöglichkeiten. Die Sorge vieler Menschen vor einer außer Kontrolle geratenden Globalisierung und wachsende demografische Verschiebungen in den meisten Ländern der entwickelten Welt erzeugen staatlichen Handlungsbedarf – bei kleiner werdendem Handlungsspielraum der nationalstaatlichen Politik. Vor diesem damals aktuellen Hintergrund luden das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P), die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und das DeutschlandRadio Berlin zum fünften mal zum FAZIT-Forum. Im Berliner Redaktionsgebäude der



Fortsetzung auf Seite 3

I N H A L T

C·A·Prolog

Themen der Zeit 2

C·A·Programm

FAZIT: Regieren 3

Carl Bertelsmann-Preis 4

Bundespräsident Rau stellt Wettbewerb vor 5

Finalität Europas aus Beitritts-Perspektive 5

Politische Jugendbildung 6

Kanzlerdialog 6

Transatlantische Partnerschaft 7

Süssmuth präsentiert Zuwanderungskonzept 8

China und die EU 9

EU-Osterweiterung und die neuen Nachbarn 9

C·A·Panoptikum

Toleranz in Einwanderungsgesellschaften 10

Durchsetzung von Macht und Interessen 10

Europas Rolle in Nahost 11

C·A·Personalien 13

C·A·Publikationen

Neuerscheinungen 14+15

C·A·Postskriptum

Gegenwart der Mauer 16

C·A·Planung 16

Hart an den Themen der Zeit

Das die Politikberatung hart an aktuellen Themen der Zeit zu arbeiten hat, versteht sich von selbst. Die Terroranschläge auf die USA haben uns schockiert und deutlich gemacht: Unsere Konzepte müssen überdacht werden. Die Problematik modernen Regierens in einer globalisierten Welt hat eine neue Dimension erreicht. Im Juni hatte das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und dem DeutschlandRadio Berlin das Forum „FAZIT: Regieren“ in Berlin veranstaltet, das nunmehr fünfte seiner Art. Zu der Zeit dachte niemand an mögliche Terroranschläge – aktuell waren Krawalle von Globalisierungsgegnern und das sich verstärkende Gefühl, den Menschen Antworten bieten zu müssen, wie den Herausforderungen einer globalisierten Welt mit klaren Konzepten begegnet werden kann. Die Bürger hatten zu der Zeit wahrgenommen, dass sich wirtschaftliche und politische Prozesse immer schneller vollziehen. Das ließ sie und lässt sie in Sorge darüber geraten, dass unsere Sozialsysteme nicht mehr lange tragfähig sind. Zu dieser Furcht ist nun die Unsicherheit über die nahe Zukunft gekommen – über Nacht scheint ein Krieg möglich geworden zu sein. Auch der Terror hat sich globalisiert. Einige der mutmaßlichen Attentäter haben in Deutschland gelebt und studiert.

Die Zukunft der inneren und äußeren Sicherheit, die verbindende Kraft von Generationen- und Gesellschaftsvertrag, die Steuerung der Wanderung von Menschen – all dies fordert Politikberatung in Zukunft noch stärker heraus. Das C·A·P steht dabei in der Kontinuität seiner prospektiven Arbeit. Bereits 1994 legte es seinen Vorschlag eines europäischen Einwanderungskonzepts vor. Ein Unterfangen, das seinerzeit auf Desinteresse, wenn nicht auf Ablehnung stieß. Die enorme Bedeutung des Themas wird heute erkannt, die Süßmuth-Kommission hat mit ihrem Bericht eine öffentliche Debatte initiiert. Schon vorab stellte Frau Professor Süßmuth ihr Zuwanderungskonzept am C·A·P vor. Es wurde deutlich, wie sehr die Verbindung von Migration und Integration eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung erfordern wird. Das C·A·P bleibt hier am Ball.

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns neben der Meldung über die Terroranschläge auch eine erfreuliche Nachricht: Der Carl Bertelsmann-Preis 2001 der Bertelsmann Stiftung wurde an Polen und Bolivien verliehen. Die beiden Länder wurden dafür geehrt, dass sie in bemerkenswerter Weise den Prozess der Transformation zu Marktwirtschaft und Demokratie vollzogen haben. Zur systematischen Bewertung von Transformations- und Entwicklungsprozessen hatten das C·A·P und die Stiftung mit führenden Experten ein Kriterienraster erarbeitet. Auf dieser Basis wurden 39 Transformationsstaaten und 17 Entwicklungsländer auf ihren Erfolg und die dahinter liegende Gestaltungsleistung untersucht. Das kommende C·A·P-Anorama wird darüber noch dieses Jahr ausführlich berichten.

Seit dem Frühsommer liegt die Analyse des Gipfels von Nizza vor – eine systematische Bewertung, ob es der EU gelungen ist, die Hürden der institutionellen Erweiterungsfähigkeit zu nehmen. C·A·P und Bertelsmann Stiftung bringen ihre Analysen jetzt aktiv in die Überlegungen der deutschen Regierung und der Europäischen Kommission ein.

Die Forschungsgruppe Jugend und Europa hat ihre Bildungsarbeit verstärkt. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend entwickelte sie das Modellprojekt „Achtung (+) Toleranz – Förderung der Toleranz und Demokratieerziehung“. Das Modell soll einen Beitrag leisten, das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, Identitäten Lebensentwürfen zu ermöglichen.

Jürgen Turek



Jürgen Turek
Geschäftsführer des C·A·P

Fortsetzung von Seite 1

FAZ trafen sich Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in hochkarätiger Runde, um eine Bilanz der Regierungsfähigkeit moderner Staaten zu ziehen. Die Diskussion wurde vom Direktor des C·A·P, Professor Werner Weidenfeld, geleitet. Zu den Rednern gehörten der Präsident des Club of Rome, Prinz El Hassan Bin Talal von Jordanien, Bundesinnenminister Otto Schily, Oppositionsführer Friedrich Merz, FDP-Chef Guido Westerwelle und Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel. Prominente Gäste waren der Leiter der Novartis Stiftung, Professor Klaus Leisinger, IBM-Deutschlandchef Erwin Staudt, Shell-Aufsichtsrat Fritz Vahrenholt, ifo-Präsident Hans-Werner Sinn und Wolfgang Nowak aus dem Bundeskanzleramt.

In der Debatte um die Folgen wirtschaftlicher Globalisierung und des demografischen Wandels wächst die Erkenntnis, dass Zuwanderung im ureigenen Interesse Deutschlands liegt. Bundesinnenminister Schily und CDU/CSU-Fraktionschef Merz zeigten sich deshalb prinzipiell einig über die Notwendigkeit einer künftigen nationalen Einwanderungspolitik. Merz wies jedoch darauf hin, dass die größere migrationspolitische Herausforderung nicht die Integration der Guten und Starken sei, sondern der Umgang mit einer zunehmenden Armutsmigration. Auf diesen Umstand verwies auch der Präsident des Club of Rome, Prinz El Hassan Bin Talal, der dazu aufrief, der ökonomischen Globalisierung ein Konzept globaler Politiksteuerung (Global Governance) zur Seite zu stellen. Dieses müsse von humanitären Prinzipien durchdrungen sein und darauf zielen, Ungerechtigkeiten nackter neoliberaler Regime auszugleichen. Es gehe darum, Gräben in und zwischen Gesellschaften zu vermeiden. „Die Menschheit lebt unter einem Dach“, sagte Prinz Hassan.

Eng verbunden mit der Organisation von Migration und Integration ist die Zukunft der sozial abgedeckten Marktwirtschaft. Denn Globalisierung tangiert das über Jahrzehnte austarierte System sozialer Sicherheit. Guido Westerwelle plädierte dafür, unter diesem Aspekt die Chancen der Globalisierung zu ergreifen. Der Zugang zu Wissen, Verantwortung und gesellschaftlicher Teilhabe würde letztlich Zustimmung stiften. Hans-Werner Sinn bestätigte den sozialpolitischen Anpassungsbedarf aus Sicht der Ökonomie, rief aber dazu auf, die soziale Komponente der Marktwirtschaft im Kern zu erhalten. Fritz Vahrenholt forderte von den Unternehmen, den Umweltschutz und die Menschenrechte zu ihren Anliegen zu machen. Deutlich wurde auch hier die Notwendigkeit von Kooperationen zwischen neuen Akteuren und etablierten globalen Politik- und Wirtschaftsinstanzen – das Modell der Global Governance verlangt nach Leben.



Vor der Eröffnungsrede von Prinz El Hassan Bin Talal von Jordanien, Präsident des Club of Rome: Prinz El Hassan Bin Talal, FAZ-Herausgeber Günther Nonnenmacher und Professor Werner Weidenfeld, Direktor des C·A·P (von links nach rechts)



Eine Einwanderungspolitik ist überfällig. Doch welches Konzept ist das vernünftigste? Diskussion beim FAZIT-Forum zwischen Unionsfraktionschef Friedrich Merz, CDU-Präsidiumsmitglied Rita Süßmuth und Innenminister Otto Schily. Foto S. 1: Im Berliner Redaktionsgebäude der FAZ

Carl Bertelsmann-Preis für Transformation



Bei der Preisverleihung: C·A·P-Direktor und Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung Werner Weidenfeld, die polnischen Preisträger Adam Michnik, Tadeusz Mazowiecki und Leszek Balcerowicz, die bolivianischen Preisträger René Blattmann und Ana Maria Romero de Campero, und Stifter und Vorsitzender des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung Reinhard Mohn

Militärische Instabilität auf dem Balkan, Krisenherde in Afrika, Turbulenzen in Asien – in all diesen Regionen ist der Wandel von gesellschaftlichen und politischen Systemen mit Unsicherheit und Leid verbunden. Strategien, wie ein Land gewaltige Transformationsleistungen am einfachsten oder effektivsten umsetzen kann, lagen bisher nicht vor – manchem Land hätten sie eine humanere Gegenwart ermöglicht. „Es geht um die Suche nach Strategien gegen Hunger und Elend, gegen Unrecht und Unterdrückung, gegen wirtschaftlichen Niedergang und politische Erstarrung“, sagte C·A·P-Direktor und Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung Professor Werner Weidenfeld bei der Preisverleihung in Gütersloh. Die Suche nach solch einer Strategie, wie man ein autoritäres Regime und eine staatlich gelenkte Wirtschaft in eine marktwirtschaftliche Demokratie umwandelt, sei eine der größten Herausforderungen des politischen Gestaltens. Für die Bewältigung künftiger Prozesse würden die Erfahrungen vor allem des letzten Jahrzehnts großes Lernpotenzial bieten.

Der mit 300 000 Mark dotierte Carl Bertelsmann-Preis wurde deswegen dieses Jahr zum Thema Entwicklung und Transformation ausgelobt – für Akteure, die Außergewöhnliches geleistet haben und einen Schlüsselbeitrag zur Steuerung von Transformationsprozessen erbracht haben. Der Preis für gelungene Transformation ging an Polen. Er wurde vom ersten frei gewählten Ministerpräsidenten des Landes nach der kommunistischen Herrschaft Tadeusz Mazowiecki, dem Präsidenten der polnischen Zentralbank Leszek Balcerowicz und dem Chefredakteur der Zeitung „Gazeta Wyborcza“ Adam Michnik entgegen genommen – drei Menschen, die die Transformation Polens entscheidend prägten. Bolivien wurde für außergewöhnliche Entwicklungen ausgezeichnet. Der ehemalige Justizminister des Landes Dr. René Blattmann und die Erste Ombudsfrau Boliviens Ana Maria Romero de Campero nahmen ihn entgegen. Beide setzten Meilensteine beim Kampf für Rechtsstaatlichkeit und Bürgerbeteiligung.

Weitere Berichterstattung über die Wettbewerbskriterien und Länderanalysen in C·A·P-panorama 3/01 und unter www.carl-bertelsmann-preis.de.



WERNER WEIDENFELD (HRSG):
Den Wandel gestalten –
Strategien der Transformation
*Ergebnisse und Dokumentation
der internationalen Recherche in
zwei Bänden
deutsch und englisch*

Rau und Weidenfeld stellen Wettbewerb zur Einbindung von Zuwanderern vor



Bei einem Expertengespräch über die Einbindung von Ausländern in die deutsche Gesellschaft haben Bundespräsident Johannes Rau und C·A·P-Direktor und Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung Werner Weidenfeld einen Wettbewerb vorgestellt. Mit diesem Wettbewerb soll auf gelungene Beispiele von Integration aufmerksam gemacht werden. Hinter den Überlegungen steckt ein weitgreifender Gedanke: Die „Vielfaltsgesellschaft“ muss organisiert werden. Bundespräsident Rau gab sich bei dem Gespräch im Schloss Bellevue in Berlin optimistisch: „Wir haben langsam, aber eindeutig begonnen, umzudenken“, sagte Rau. In der Gesellschaft habe sich ein erstaunlicher Wandel vollzogen, was die Einstellungen gegenüber Fremden betreffe. Zuwanderung und Integration seien zentrale Schicksalsfragen der Gesellschaft. Das Expertengespräch im Amtssitz des Bundespräsidenten wurde ebenso wie der Wettbewerb von der Bertelsmann Stiftung organisiert.

Die Kandidaten diskutieren mit

Die bevorstehende Osterweiterung und der Gipfel von Nizza haben eine breite Diskussion über die Zukunft der EU ausgelöst. Es ist allerdings notwendig, auch künftige Mitgliedstaaten an diesen Debatten, unter anderem zur Finalität Europas, zu beteiligen. Öffentlichkeit und Politiker der beitragswilligen Länder sind jedoch kaum informiert über Fragen, die über die unmittelbaren Beitrittsverhandlungen hinausgehen. Dieses Defizit wird dadurch verstärkt, dass in der EU die Zukunftsdiskussion häufig als eine Angelegenheit der momentanen Mitgliedstaaten betrachtet wird.

Um das Defizit zu verringern haben das C·A·P und die Bertelsmann Stiftung eine Arbeitsgruppe gegründet, die ein Memorandum zur Zukunft der EU aus Sicht der Beitrittskandidaten erarbeitet hat, das im November vorgestellt werden soll. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Wissenschaftlern aus den Beitrittsländern sowie aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen.

Bei den vier bisherigen Treffen der Gruppe – das letzte fand auf Malta statt – halfen die Beiträge der mittel- und osteuropäischen Teilnehmer, zwei Mythen zu entkräften: Dass die Europa-Kompetenz der Beitrittsländer zu wünschen übrig lasse und dass die Beitrittsländer, da sie ihre nationale Souveränität gerade neu errungen haben, einen Souveränitätstransfer an die EU ablehnen würden.



Diskussion mit dem Präsidenten: Professor Guido de Marco (re.), Präsident des EU-Beitrittslandes Malta, erklärte seine Perspektive zur Zukunft der EU.

Großprojekt: Politische Bildung für die HipHop-Szene

Die Bundeszentrale für politische Bildung möchte in Zukunft verstärkt Jugendliche erreichen. Der Präsident der Bundeszentrale, Thomas Krüger, seit einem Jahr im Amt, skizzierte auf Einladung der Forschungsgruppe Jugend und Europa bei einem Fachgespräch im C·A·P, wie und mit welchen Angeboten diese neue Zielgruppe angesprochen werden soll.

Die Bundeszentrale hat dazu eine eigene Projektgruppe „Jugend“ gegründet. Im Mittelpunkt steht vor allem die Nutzung des Internets als Übermittler politischer Bildung, beispielsweise durch das neue Jugend-Onlineportal „Fluter.de“, bei dem der politische Inhalt alltagsrelevanten Themen zugeordnet wird. Für Jugendliche wird online auch ein politisches Lexikon entwickelt. Einer Jugendszene wird sich die Bundeszentrale künftig speziell nähern: Im Rahmen des HipHop-Festivals „Battle of the Year“ wird die Bundeszentrale im Herbst in Braunschweig einen Graffiti-Wettbewerb veranstalten. Jugendliche sind aufgefordert, zum Thema „Arbeit, Freizeit, Angst“ ihre Entwürfe einzureichen. „Die HipHop-Szene“, sagte Krüger im C·A·P, „ist sehr politisch.“ Als weiteres zukunfts-gewandtes Thema, dem sich die Bundeszentrale verstärkt widmen möchte, nannte er die europäischen Entwicklungen.

Krüger zeigte sich von der Arbeit des Centrums für angewandte Politikforschung sehr angetan. Wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Bildung müssten überall ähnlich stark vernetzt werden.



Neue Zielgruppe Jugend: Die Bundeszentrale für politische Bildung taucht künftig verstärkt in die Jugendkultur ein. Der Präsident der Bundeszentrale Thomas Krüger (Mitte) erläutert am C·A·P sein Konzept (links C·A·P-Geschäftsführer Jürgen Turek, rechts Stafen Rappenglück, Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P).

le of the Year“ wird die Bundeszentrale im Herbst in Braunschweig einen Graffiti-Wettbewerb veranstalten. Jugendliche sind aufgefordert, zum Thema „Arbeit, Freizeit, Angst“ ihre Entwürfe einzureichen. „Die HipHop-Szene“, sagte Krüger im C·A·P, „ist sehr politisch.“ Als weiteres zukunfts-gewandtes Thema, dem sich die Bundeszentrale verstärkt widmen möchte, nannte er die europäischen Entwicklungen.

Krüger zeigte sich von der Arbeit des Centrums für angewandte Politikforschung sehr angetan. Wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Bildung müssten überall ähnlich stark vernetzt werden.

Neue Runde des Kanzlerdialogs vorbereitet

Die Zukunft Europas steht im Mittelpunkt des europapolitischen Dialogs zwischen Bundeskanzleramt, der Bertelsmann Stiftung und dem C·A·P. Als Ergebnis der ersten Runde im Oktober 2000 in Berlin, bei der unter anderem Bundeskanzler Gerhard Schröder, Außenminister Joschka Fischer und sechs Ministerpräsidenten diskutierten, hatten sich drei Problemstellungen herauskristallisiert: die Notwendigkeit einer europäischen Öffentlichkeit, die Präzisierung der Aufgabenteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten sowie die Verwirklichung des Europäischen Gesellschaftsmodells. Diese drei Themen wurden im ersten Halbjahr 2001 im Rahmen von Fachdialogen unter dem gemeinsamen Vorsitz der europapolitischen Beraterin des Bundeskanzlers, Dr. Monika Wulf-Mathies, und von Professor Werner Weidenfeld vertieft: Im März erörterten Praktiker und Wissenschaftler das Thema „Öffentlichkeit schaffen für ein Europa der Bürger“. Im Mai folgte die Runde zur Präzisierung der Arbeitsteilung in Europa und im Rahmen des dritten Fachdialogs diskutierten Europaexperten zum Thema „Europas Gesellschaftsmodell entwickeln – Solidarität im Wettbewerb sichern“. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser drei Fachdialoge wird der Europapolitische Dialog mit dem Bundeskanzler in die zweite große Runde gehen.

Die Kooperation auf neue FüÙe stellen

Junge Führungskräfte diskutieren am Comer See über die transatlantische Partnerschaft

Man konnte nicht ahnen, wie sehr die Partnerschaft zwischen den USA und Europa gefordert sein würde angesichts der Terroranschläge in diesem Herbst. Vor dem 11. September hatte man sich Sorgen über eine Entfremdung zwischen den Kontinenten gemacht. Kommunikationsschwierigkeiten, die sich im letzten Jahrzehnt schleichend aufgebaut hatten, glaubte man durch die Betonung von Gemeinsamkeiten am effektivsten entgegenwirken zu können. Eine Reaktivierung der Partnerschaft zwischen Europa und den USA schien nötig.

Während der „Young Leaders Konferenz“ der Bertelsmann Stiftung, des C·A·P und des German Marshall Fund in Tremezzo am Comer See tauschten im Frühsommer junge amerikanische und europäische Führungspersonen ihre Gedanken zur Zukunft des transatlantischen Verhältnisses aus. Eines der zentralen Anliegen dieser Konferenz war, gemeinsam die künftigen Themen und Knackpunkte des transatlantischen Verhältnisses herauszuarbeiten, sozusagen die „new global partnership“ zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zu definieren.

Die Teilnehmer – durchweg jüngere Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft, dazu Medienvertreter und Parlamentarier – diskutierten über eine ganze Bandbreite von Themen: Von der Sicherheitspolitik – Raketenabwehr, Proliferation – und Handelsfragen über Sanktionsregime bis zur Globalisierung und der Lösung ihrer Folgeprobleme. Eine wichtige Frage war dabei, wie denn die Kluft zwischen Ländern, die von der Globalisierung profitieren und denen, die keine Vorteile davon haben, verringert werden kann.

Amerikanische Teilnehmer befürchteten, dass sie, wenn es ernst werde, vor allem sicherheitspolitische Probleme alleine lösen müssten, da Europa seine militärischen Kapazitäten nicht effektiv weiterentwickelt habe. Europäer in der Gruppe entgegneten, dass die USA noch nicht bereit seien, die Europäische Union als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren und in vollem Umfang europäische sicherheitspolitische Initiativen zu unterstützen; dies sei wegen der räumlichen Nähe der meisten Konflikte zur Europäischen Union aber unbedingt notwendig. Sehr bald stellte sich heraus, dass Amerika und Europa Risiken und Bedrohungen unterschiedlich einschätzen und gleichzeitig verschiedene Vorstellungen davon haben, welche konkreten Schritte im Einzelfall zu unternehmen sind. Fazit der Teilnehmer: Hier müssen beide Seiten auf allerhöchster Ebene zu einer Übereinstimmung kommen; globale Krisen können besser im Verbund gelöst werden.



Wachsender Graben zwischen den Kontinenten? Ergebnis der Gespräche am Comer See: Zwischen den USA und Europa gibt es mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes



Letztlich im selben Boot. Doch weil beide Regionen die Welt unterschiedlich wahrnehmen, muss der Austausch intensiviert werden

Eine Kämpferin für Menschen und Parlament

Rita Süssmuth war ins C·A·P gekommen, um vorab ihren Entwurf zur Zuwanderungspolitik vorzustellen, und schnell spitzte sie zu: „Wir holen Einwanderung ins Land – das ist der innovative Kern unseres Konzeptes.“ Vertreter aus Wissenschaft, Medien und dem diplomatischen Corps nutzten die Gelegenheit, den Entwurf der Regierung mit der Vorsitzenden der Zuwanderungskommission vor der Veröffentlichung exklusiv zu diskutieren. Neben den Eckpfeilern ihres Konzepts und der Arbeitsweise der Kommission erläuterte Süssmuth die Komplexität des Politikfeldes: Für Aussiedler, Asylsuchende, Flüchtlinge und Arbeitsmigranten sind jeweils differenzierte Lösungen zu finden. Auch deshalb sei eine neue Bundesbehörde für Zuwanderung und Integration notwendig, so Süssmuth, die eine „Organisation aus einer Hand“ biete. Die Diskussion verdeutlichte darüber hinaus weitergehende Fragestellungen: Zum einen ist ein Zuwanderungs- und Integrationsgesetz in die europäische Dimension einzupassen. Das gilt um so mehr vor dem Hintergrund der Osterweiterung und der Begrenzung der Arbeitsfreizügigkeit auf Zeit. Außerdem muss die Integrationsbereitschaft der Bevölkerung erhöht werden.

Vor dem von der Forschungsgruppe Deutschland organisierten Experten-Roundtable sprach Frau Professor Süssmuth in der Vorlesung von Professor Weidenfeld an der

LMU München zum Thema „Akzeptanzkrise des Parlaments: Kritik und Selbstkritik“. Zwar solle das Parlament „Forum und Mitte der Nation“ sein, doch leide es unter einem stetigen Ansehensverlust. Ursache dafür seien zwei Faktoren: „Demokratie braucht Zeit, und Demokratie ist anstrengend“. Entscheidend sei das Handeln der Abgeordneten. Süssmuth forderte, die Besorgnisse der Bevölkerung aufzunehmen, ohne um die Lufthoheit über den Stammtischen zu kämpfen. In Zeiten immer stärkerer Internationalisierung und Ökonomisierung rief sie zur Rückkehr der Politik auf: „Parlamente müssen Probleme aufgreifen, diskutieren und entscheiden.“

Gemeinsame Rückkehr nach Europa?

Kurz vor den Parlamentswahlen in Montenegro lud das C·A·P im Frühjahr nach Berlin zu einem Colloquium mit dem Thema „Serbien und Montenegro: Gemeinsame Rückkehr nach Europa?“. Mitglieder des Deutschen Bundestages, des Auswärtigen Amtes, des Europäischen Stabilitätspaktes und verschiedener Think Tanks diskutierten mit Repräsentanten aus dem montenegrinischen Parlament und der Bundesrepublik Jugoslawien. Thema war die Gestaltung der Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro in der Bundesrepublik Jugoslawien. Die Veranstaltung wurde vom German Marshall Fund of the United States unterstützt.



Diskussion über Jugoslawien: Janusz Bugajski (Center for Strategic and International Studies, Washington), Josef Janning (Stellv. Direktor des C·A·P), Ranko Krivokapic (Sozialdemokratische Fraktion im montenegrinischen Parlament) und Johannes Haindl (Auswärtiges Amt) (linkes Bild, v.l.n.r.)

Plädoyer für eine zeitgemäße Zuwanderungspolitik: Professor Rita Süssmuth stellte vorab am C·A·P die Ergebnisse ihrer Kommission vor

Neuen Eisernen Vorhang verhindern

Der EU-Beitritt Estlands wird die Furcht des Landes gegenüber dem übermächtigen russischen Nachbarn nicht ohne weiteres weg wischen. Bisher konnten sich die baltischen Staaten und Russland nicht auf einen Kompromiss zur Unterzeichnung der Grenzverträge einigen. Andere Befürchtungen hat man entlang der polnisch-ukrainischen Grenze: Durch die Übernahme des Schengen-Acquis könnte ein neuer Eiserner Vorhang errichtet werden. Hinzu kommt die Erfahrung mit Mazedonien: Die gewaltsamen Eskalationen erschüttern Südosteuropa. Diese und andere Probleme drohen im Zuge der Osterweiterung eine Belastung für die Europäische Union zu werden.

Entscheidungsträger sind herausgefordert, Strategien für die Risiken im Osten Europas zu entwickeln. Im Sommer stellte das C·A·P Schlüsselakteuren aus dem Auswärtigen Amt Politikempfehlungen basierend auf „Beyond EU Enlargement“ (siehe C·A·P-Publikationen) vor. Diskutiert wurden beispielsweise eine Differenzierungsstrategie für die Beziehungen der EU zur GUS sowie die Ausarbeitung einer europäischen Visastrategie in Ergänzung zu den Schengen-Bestimmungen. Für Südosteuropa wurden Ansätze zur Überwindung des Gegensatzes zwischen Konditionalität und Regionalität entwickelt.



„Okkupt... Okkt... Okkupation? Mensch, ihr Esten denkt euch aber schwierige Wörter aus!“

China als Partner der EU – Rolle der USA

Der Beitritt der Volksrepublik China zur Welthandelsorganisation ist ein Indiz für die zunehmend wichtigere Rolle, die China in den internationalen Beziehungen spielt. Für die EU stellt sich die Frage, ob der europäische Einfluss in Asien durch die GASP steigen wird und welche Veränderungen der politischen Landkarte sich dadurch ergeben.

Das Projekt „Improving Responsiveness to International Change“ des C·A·P veranstaltete den Workshop „Evaluating EU-China Relations and the Consequences for the China-Policy of the US: Synergy or Competition“ im Sommer. Dabei diskutierten etwa dreißig Teilnehmer aus den USA, China und Europa über wirtschafts- und sicherheitspolitische Entwicklungen in den Beziehungen der EU und der USA zu China. Der German Marshall Fund of the United States und das EU-China Higher Education Cooperation Programme, in dessen Rahmen das C·A·P mit dem Center for European Studies an der Renmin-Universität Peking kooperiert, ermöglichten die Veranstaltung.

Einige amerikanische und europäische Teilnehmer bezweifelten, dass China die aus einer WTO-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu Reformen erfüllen könne. Die chinesischen Vertreter zeigten sich in dieser Hinsicht überwiegend optimistisch. Übereinstimmung herrschte darin, dass vor allem die ost- und mitteleuropäischen EU-Beitrittskandidaten einem verstärkten Konkurrenzdruck aus China ausgesetzt sein würden.

Bei der Sicherheitspolitik vertraten Amerikaner und Europäer die Ansicht, dass die US-Präsenz solange als stabilisierendes Element in Ostasien nötig sei, bis ein funktionierendes multilaterales Sicherheitsforum, ähnlich der OSZE, etabliert werde. In abschließender Runde zu zukünftigen Entwicklungslinien herrschte Konsens, dass die EU politisch auf absehbare Zeit nur eine untergeordnete Rolle in Asien spielen werde.

Dokumentation: <http://www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic>



Wer wird langfristig welche Rolle spielen? Von links nach rechts: Douglas Gray, Europäische Kommission; Song Xinling, Renmin University of China; Michael Pillsbury, National Defense University, Washington D.C.

Toleranz in Einwanderungsgesellschaften

In unserer von Migration und Globalisierung geprägten Welt rücken konkurrierende religiöse Orientierungen dichter zusammen. Daraus entstehen neue Formen des Zusammenlebens – und neue Konfliktpotentiale.

Religiöse Toleranz – die Anerkennung von Glaubensvielfalt – ist Aufgabe eines interreligiösen Dialogs; Religionspluralismus ist aber auch eine gesellschaftliche Herausforderung und eine politische Gestaltungsaufgabe. Um den Gestaltungsraum der Politik in Einwanderungsgesellschaften auszuloten sowie Grenzen der religiösen Toleranz zu beleuchten, veranstaltete das C·A·P zusammen mit der Bertelsmann Stiftung eine Konferenz über „Toleranz und religiöse Wahrheit: Chancen und Grenzen des Miteinander in Einwanderungsgesellschaften“. Dabei wurden die Unterschiede in der Bewältigung religiöser Pluralität auch ländervergleichend (USA, Deutschland, Israel) diskutiert. Aus der Sicht verschiedener Institutionen (u.a. dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt und dem Landeszentrum für Zuwanderung in NRW) wurden Lösungsmodelle aus der Praxis vorgestellt wie beispielsweise Islamunterricht an Schulen oder die Einrichtung islamischer Friedhöfe. Es wurde deutlich, dass der Umgang mit religiösen Unterschieden gestaltet und gelernt werden muss. Politische und gesellschaftliche Institutionen sind deshalb gefordert, Rahmenbedingungen für ein gleichberechtigtes und friedliches Miteinander der Religionsgemeinschaften zu schaffen.



Für ein Nebeneinander der Religionen: Sabiha El-Zayat (links; Zentrum für islamische Frauenforschung) erläutert die Frage der Integration aus Sicht muslimischer Frauen. Rechts: Viola Georgi von der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik

Wie setze ich was durch in der Politik?

Wer regiert, muss nicht immer die notwendige Macht haben, seine Ziele jederzeit durchzusetzen – Grunderfahrung aller politischen Akteure. Doch die genauen Mechanismen, wer was warum wie verwirklichen kann, sind nicht erforscht. Die Strategien zwischen Macht, Kommunikation und Steuerung beleuchtete eine Tagung der Forschungsgruppe Deutschland des C·A·P mit der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth.

Karl-Rudolf Korte (FG Deutschland) entwarf ein Schema für die Strategieauswahl. Je nach Konstellation nimmt der Kanzler ein anderes Rollenprofil ein: Er ist Verwalter und Organisator, Anwalt und Feuerwehrmann, Macher und Vordenker oder Moderator und Konsensstifter. Der Multi-Options-Kanzler muss je nach Situation die richtigen Mittel einsetzen. Joachim Raschke (Universität Hamburg), Gerhard Hirscher (Hanns-Seidel-Stiftung) und Andreas Kießling (FG Deutschland) untersuchten die Rolle von Machtarrengements. Hervorgehoben wurde die Bedeutung eines strategischen Zentrums. Wer die Führung innehat, müsse vor der einzuschlagenden Richtung und Strategie geklärt werden. Die Regierungssteuerung funktioniere vor allem durch die Schaffung neuer informeller Gremien, die die Entscheidungen der eigentlich zuständigen Institutionen prädestinieren.

Wolfgang Eichhorn (LMU München) und Thomas Leif (SWR) erläuterten, dass von den Medien in der entideologisierten Gesellschaft hauptsächlich „Aufreger-Themen“ produziert würden. Das Ende der grundlegenden Kontroversen bedeute das Ende der Politik.

Abschließend wurde das „Steuerungs-Trilemma“ beleuchtet: Die Funktionsweisen der Parteien-, der Medien- und der Verhandlungsdemokratie widersprechen sich, doch politische Akteure müssen sich darin gleichzeitig bewegen. Gabriele Hörl (Bayerische Staatskanzlei) und Manuela Glaab (FG Deutschland) arbeiteten schließlich Fragen des Regierungsstils heraus: Nebeneinander wird hierarchisch gesteuert und integrierend moderiert – die Deutschen fordern eine starke Führung, aber auch Konsens.

Israels Botschafter Stein am C·A·P: „Aktive Rolle für Europa im Friedensprozess“

Die deutsch-israelischen Beziehungen gehören zu den wichtigsten, aber auch schwierigsten Kapiteln der Diplomatiegeschichte. Der israelische Botschafter in Deutschland Shimon Stein referierte im Juni am C·A·P über die Geschichte dieser Beziehungen, die von den Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geprägt ist. Ein gutes Verhältnis zu Israel aufzubauen gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik der Nachkriegszeit. 1952 wurden durch das Luxemburger Abkommen die de facto-Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel geschaffen. Heute ist Deutschland nach den USA der zweitwichtigste Freund und Partner Israels. Shimon Stein zog für die vergangenen Jahrzehnte eine durchweg positive Bilanz. Gemeinsames künftiges Ziel solle die Demokratisierung des Nahen Ostens und der Schutz der Menschenrechte sein. Weiterhin könne durch die Zusammenarbeit eine Art Frühwarnfunktion gegen aufkommenden Fremdenhass und Nationalismus in Deutschland entstehen.

Bei der Definition der Rolle Europas im Friedensprozess schreibt der Botschafter Deutschland eine wichtige Funktion zu. „Israel erwartet von Europa im Friedensprozess eine aktive Rolle“, sagte Stein. Dennoch sollten mehr „low-profile“-Aktivitäten unternommen werden, da die großen Durchbrüche in den Friedensverhandlungen ohne Vermittler erreicht würden. Vor allem die Mission des deutschen Außenministers Fischer, der nach dem Anschlag auf eine Diskothek in Tel Aviv Palästinenserführer Arafat zu einem bedingungslosen Waffenstillstand bewegte, habe das Vertrauen der Israelis gegenüber Europa gestärkt.



Nach der Diskussion über deutsch-israelische Beziehungen: Botschafter Shimon Stein und C·A·P-Direktor Werner Weidenfeld

EU als Anker für Stabilität und Sicherheit

Israelische und europäische Experten haben im Rahmen des gemeinsamen Projekts „Europapolitik an israelischen Hochschulen“ des C·A·P und der Bertelsmann Stiftung über regionale Sicherheit diskutiert. Ziel der Fachkonferenz in Tel Aviv und Caesarea war die Vermittlung europapolitischer Ergebnisse der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik und der Bertelsmann Stiftung in Israel. Europäische Experten präsentierten die neuen sicherheitspolitischen und stabilitätspolitischen Herausforderungen der Union nach der Osterweiterung – von ethnischen Konflikten über Stillstand der Transformation in Osteuropa bis zu Migration und grenzüberschreitender Kriminalität. Die Diskussionsgrundlage lieferte der kürzlich erschienene Risikobericht des C·A·P „Jenseits der EU-Erweiterung“. Es wurde betont, dass mit den genannten Risiken auch Chancen für Europa verbunden seien. Die Sicherheitsrisiken etwa erhöhten den Druck, im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik eine europäische Regionalmacht zu etablieren.

Überschattet wurde die Konferenz durch ein Selbstmordattentat in Tel Aviv, bei welchem zwanzig junge Israelis getötet wurden. Die israelischen Experten betonten auf der Konferenz, dass es Ziel der israelischen Politik sei, eine Eskalation der Gewalt im Nahen Osten zu verhindern. Weiterhin wurde über eine Regionalisierung des israelisch-arabischen Konflikts diskutiert. So sei die Herstellung von Frieden, Sicherheit und Stabilität nur möglich, wenn auch Antworten auf regionale Probleme wie Bevölkerungswachstum, Armut, Wasser- und Energieversorgung gefunden würden. Die Europäische Union trage durch die Euro-Mediterrane Partnerschaft zur Akzeptanz regionaler Lösungen bei und habe eine immer höhere Glaubwürdigkeit.



Tel Aviv: Bisher fühlte die Stadt sich vor Anschlägen verhältnismäßig sicher

Erfolgsgeschichte zweier Standardwerke

Das Taschenbuch „Europa von A bis Z“ hat sich in den fünfzehn Jahren seines Erscheinens so bewährt, dass es nun den Sprung nach Asien geschafft hat: Seit diesem Jahr informiert „Europa von A bis Z“ auch die Menschen in China über Geschichte, Politik und Institutionen der Europäischen Union – in chinesischer Fassung. Nach den elf Amtssprachen der EU und bulgarisch, kroatisch, lettisch, polnisch, russisch, slowakisch, tschechisch, ungarisch und katalanisch ist dies die 21. Sprache, in der das Nachschlagewerk vorliegt. Die Auflagenhöhe nähert sich damit insgesamt einer Million.



Die deutsche und die chinesische Fassung des Handbuchs „Europa von A bis Z“. Herausgeber: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels

Ein anderes C·A·P-Standardwerk hat Agence Europe überzeugt – das „Jahrbuch der Europäischen Integration“: „Das Jahrbuch bestätigt einmal mehr, dass es ein für alle Bibliotheken und Forschungszentren unerlässliches Referenzwerk ist, aber auch für alle, die sich rasch, bündig und klar darüber informieren möchten,

wie sich die EU in den letzten Jahren entwickelt hat. Ohne Zweifel handelt es sich um eine der besten auf dem Markt vorhandenen Veröffentlichungen über die EU: Eine Pflichtlektüre, um auf dem Laufenden zu bleiben, und eine analytische und akademische Entsprechung von bemerkenswertem Aufbau zum jährlichen Gesamtbericht der Kommission“. Das „Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001“ ist in Vorbereitung.

Informationsbesuche am C·A·P

Die Nachwuchsjournalisten in Bayern e.V. kamen im Mai zu einem Informationsbesuch ans Centrum für angewandte Politikforschung.



Direktor Werner Weidenfeld und Geschäftsführer Jürgen Turek stellten die Arbeitsweise angewandter Politikforschung vor und erklärten, was unter Politikberatung verstanden wird. In Einzelgesprächen mit Mitarbeitern des Centrums konnten sich die angehenden Journalisten über Forschungsthemen und Projektinhalte informieren. Sachliche Berichterstattung und eine bessere Informationsvermittlung standen auf der Wunschliste der Wissenschaft. Die Medienvertreter beklagten allgemeine Defizite in der politischen Bildungsarbeit – so seien auch für sie als Multiplikatoren das politische System Deutschlands geschweige denn der Aufbau der Europäischen Union nur schwer durchschaubar.



Klagten über die schwere Durchschaubarkeit der EU: Nachwuchsjournalisten (oben) und Studenten aus der Ukraine

Über die schwere Durchschaubarkeit der EU sprach eine weitere Besuchsgruppe am C·A·P: Studenten aus der Ukraine informierten sich während ihres München-Aufenthalts über die EU und die aktuellen Themen der europäischen Integration. Bei der Diskussion über die Einführung des Euro, die EU-Osterweiterung und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde schnell klar, was den ukrainischen Studenten mit ihrer Außenperspektive auf die Union am deutlichsten auffiel: Die Strukturprobleme, das Nebeneinander der Institutionen und ein damit einhergehendes Demokratie- und Legitimationsdefizit der EU. Was also von verschiedenen Seiten innerhalb der

Union beklagt wird, wird von Außen ebenso wahrgenommen.

Professor Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München, wurde in das Kuratorium der Goethe-Gesellschaft in Weimar berufen. Er wurde außerdem wieder gewählt in den Board of Trustees der Brandeis University in Massachusetts, ebenso wie in sein Amt als Geschäftsführender Direktor des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaft der LMU München.

Porträt: **Johanna Schmidt M.A.** leitet seit einem Jahr in der Forschungsgruppe Deutschland die Redaktion des „Deutschland-Trendbuchs“, das im Herbst im Leske+Budrich-Verlag erscheinen wird. Sie hat in München Politikwissenschaften, die Geschichte Osteuropas und Slawistik studiert.

Franzosen haben deutsche Visionen satt

Chirac würde gerne Deutsch können, um mit Gerhard zu sprechen“, hat Professor Henri Ménudier, Experte für deutsch-französische Beziehungen hinter den Kulissen des Elysée erfahren. Allerdings habe es im deutsch-französischen Verhältnis gegenwärtig an weitaus gravierenderen Punkten als der sprachlichen Verständigung. In seinem Überblick über die französische Europapolitik im Rahmen des C·A·P-Forschungskolloquiums richtete Ménudier besonderes Augenmerk auf die Debatten um die institutionelle Ausgestaltung der Europäischen Union in Frankreich und Deutschland. „Besonders Schröders Vorstoß Ende April in Richtung eines föderalen Europa wurde in Frankreich als Provokation empfunden“, sagt Ménudier. Europavisionen à la Schröder/Fischer werden auf französischer Seite mit gedämpften, abwehrenden Reaktionen beschieden. „Die Franzosen haben die deutschen Visionen ein wenig satt“, urteilt Ménudier, Professor an der Pariser Sorbonne, der im Sommersemester die Eric-Voegelin-Gastprofessur an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität München innehatte.

Nicht nur, dass man in Frankreich für ein intergouvernementales Europa plädiere und den deutschen Vorstellungen einer europäischen Föderation wenig abgewinnen könne, nähere Missverständnisse im deutsch-französischen Dialog. Man halte auch Themen wie die Einführung des Euro oder die Reform der Agrarpolitik für dringlicher als den Blick in die – nach französischem Geschmack – ferne Zukunft der institutionellen Umgestaltung Europas. Zudem gerät die Europapolitik in Frankreich in das schwierige Fahrwasser der Cohabitation. Schließlich wollen beide, der gaullistische Staatspräsident Chirac wie auch der sozialistische Premierminister Jospin bei den Präsidentschaftswahlen 2002 antreten. Die Europapolitik ist dabei ein wichtiges Profilierungsthema. Chirac hat sich für eine europäische Verfassung ausgesprochen und zieht vorsichtig eine „Föderation der Nationalstaaten“ in Betracht, Jospin hat nach langem Schweigen deutlich für ein „Modell der Föderation von Nationalstaaten“ plädiert. Ménudier wertet die „europapolitische Zerstrittenheit der regierenden Linken“ als wahrscheinlichsten Grund für Jospins langes Schweigen: „Jospin muss vorsichtig sein, um Krach in der Koalition zu vermeiden“.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit werde auch erschwert, weil die Zeit der großen Freundschaften wie zwischen Adenauer und de Gaulle, Schmidt und Giscard d'Estaing, Kohl und Mitterand vorbei sei: „An den Staatsspitzen stehen Manager der Macht.“ Dennoch ist Ménudier zuversichtlich, dass die Europadiskussion in Frankreich nicht wieder an Bedeutung verliert. Dafür würden die Rivalitäten in der Cohabitation sorgen wie auch Druck aus Deutschland: „In Frankreich wird man die Konstruktion Europas nicht den Deutschen überlassen wollen“.



Professor Henri Ménudier, Politikwissenschaftler an der Pariser Sorbonne



WERNER WEIDENFELD (HRSG):
Nizza in der Analyse.
 Gütersloh 2001, ISBN 3-89204-569-0, 352 Seiten, 30 DM

Nizza in der Analyse

Die Ergebnisse der Regierungskonferenz werfen die Frage auf, ob die Europäische Union mit dem Vertrag von Nizza tatsächlich die Hürde der Erweiterungsfähigkeit genommen hat und damit auch künftigen Herausforderungen gewachsen sein wird.

Die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung hat in der Tradition von „Maastricht in der Analyse“ und „Amsterdam in der Analyse“ die Ergebnisse des Gipfels von Nizza einer kritischen Überprüfung unterzogen. Dabei werden aber nicht nur die konkret beschlossenen Reformen dargestellt. Vielmehr analysieren die sieben Beiträge die ganze Bandbreite der Ereignisse rund um Nizza aus verschiedenen Perspektiven, von den Defiziten im Detail bis zu generellen integrationspolitischen Entwicklungstrends: Der Gipfel von Nizza wird in den größeren Zusammenhang der europäischen Integration eingeordnet. Der Band „Nizza in der Analyse“ wird durch eine CD-ROM vervollständigt, die eine Zusammenstellung der für die Regierungskonferenz relevanten Dokumente enthält.

Dem Leser wird damit nicht nur eine umfassende Bilanz der Ergebnisse geboten, sondern ihm wird darüber hinaus die Möglichkeit eröffnet, den Weg nach Nizza selbständig und aktiv anhand offizieller Konferenzdokumente nachzuvollziehen.



ANGELIKA VOLLE / WERNER WEIDENFELD (HRSG):
Europäische Sicherheitspolitik in der Bewährung
 Bielefeld 2001, ISBN 3-7639-0184-1, 192 Seiten, 24,90 DM

Europäische Sicherheitspolitik in der Bewährung

Wohin entwickelt sich die Europäische Sicherheitspolitik? Ist die NATO ein Bündnis auf der Suche nach einer neuen Aufgabe? Stehen wir vor einer „Militarisierung“ der Außenpolitik? Diese und andere Fragen werden mit Beiträgen aus „Europa-Archiv / Internationale Politik“ nachgezeichnet und analysiert. Die wichtigsten Dokumente von WEU, NATO und EU von Anfang der neunziger Jahre bis ins Jahr 2000 ergänzen den Band.

Ein wichtiger Punkt auf dem Weg zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik waren die „Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF)“, die den Europäern die Möglichkeit verschaffen sollen, außerhalb der NATO-Strukturen, aber unter Rückgriff auf Mittel der NATO selbstständige Einsätze durchführen zu können.

Angesichts der latenten oder auch aktuellen Konflikte auf dem Balkan, im Nahen Osten, in Russland und anderen Krisengebieten werden die Herausforderungen an die EU und ihre Mitgliedstaaten (Aufstellung einer Europäischen Eingreiftruppe bis 2003) ebenso untersucht wie die Auswirkungen einer solchen Politik auf das NATO-Bündnis.



SHLOMO AVINERI / WERNER WEIDENFELD (HRSG):
Politics and Identities in Transformation: Europe and Israel
 Bonn 2001, ISBN 3-7713-0597-7, 149 Seiten, 25 DM

Politics and Identities in Transformation: Europe and Israel

Sowohl Israel als auch Europa durchlaufen eine Zeit des Wandels und der Änderungen. Historische Prozesse und Zukunftsperspektiven führen in beiden Regionen zu neuen Herausforderungen der Integration und Identitätsentwicklung. Trotz der so unterschiedlichen Voraussetzungen existieren dennoch enorme Ähnlichkeiten der Diskurse: Die Frage nach einer gemeinsamen Identität und die soziale Transformation kreuzen sich mit Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, Umweltschutz und ethnisch-religiösen Ideologien. Der vorliegende Band zeigt, wie sich Israel und Europa mit diesen Themen auseinandersetzen.

Beyond EU Enlargement

Russland, die Ukraine, Weißrussland und Moldawien werden künftig unmittelbar an die EU grenzen. Die EU versucht, die Beziehungen zu diesen Staaten auf der Grundlage von Partnerschaft und Kooperation zu gestalten, schließt aber einen Beitritt aus. Aufgrund politischer Instabilität, wirtschaftlicher Krisen und Schwächen der Zivilgesellschaft stellen die künftigen Nachbarn bisher unzureichend berücksichtigte Gefahren für Gesamteuropa dar. Gleichzeitig riskiert die derzeitige EU-Politik, die künftigen Nachbarstaaten durch den Aufbau neuer Trennlinien von der Stabilitätssicherung in Europa auszuschließen. Band I „The Agenda of Direct Neighbourhood for Eastern Europe“ wurde von ost- und westeuropäischen Experten erstellt. Er beinhaltet Analysen sowie Politikempfehlungen.

In Südosteuropa profiliert sich die EU als Regionalmacht, die mittels Stabilitätspakt sowie Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess Verantwortung für gesamteuropäische Sicherheit und Stabilität übernimmt. Bei deren Umsetzung zeigen sich jedoch strategische und institutionelle Gegensätze und könnten sogar neue regionale Risiken hervortreten. In Band II „The Agenda of Stabilisation for Southeastern Europe“ erarbeiten Experten aus der Region und dem Westen Politikempfehlungen zur Behebung der identifizierten Gegensätze und Risikopotentiale.

Jugendbeteiligung an der Politik – (k)ein Kinderspiel?

Entgegen der allgemein konstatierten Politikverdrossenheit ist die Bereitschaft zu politischem Engagement bei Jugendlichen groß, wenn sie konkrete Möglichkeiten erhalten, ihr Lebensumfeld mitzugestalten. Allerdings brauchen Jugendliche gezielte Unterstützung und Begleitung, um sich sinnvoll mit ihren Ideen einbringen zu können und nicht die Lust an der Beteiligung zu verlieren.

Die Arbeitspapiere fassen die Ergebnisse einer deutsch-niederländischen Tagung über Jugendpartizipation zusammen, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P veranstaltet wurde. Ziel der Tagung war das gegenseitige Kennenlernen von unterschiedlichen Projektansätzen. Der Reader greift die wichtigsten inhaltlichen Aspekte des während der Tagung geführten Fachdiskurses auf, benennt die Herausforderungen und Probleme, die im Hinblick auf Partizipation von Jugendlichen entscheidend sind und stellt die aktuelle Fachliteratur in einem ausführlichen Anhang vor. Anhand von ausgewählten Projektbeispielen geben die Arbeitspapiere außerdem einen interessanten Einblick in die Praxis von Partizipationsmodellen in Deutschland und den Niederlanden.

Internetauftritt des Internationalen Toleranz-Netzwerks

Mit einem komplett überarbeiteten und umgestalteten Angebot ist das "International Network - Education for Democracy, Tolerance and Human Rights" im Internet vertreten. Im Netzwerk sind unter der Leitung des C·A·P und der Bertelsmann-Stiftung Organisationen in Deutschland, Nordirland, den USA, Israel, Chile, Brasilien und den Philippinen sowie einige zusätzliche Experten zusammengeschlossen. Ziel ist der globale Erfahrungsaustausch, die Suche nach „best practices“ und die Erarbeitung neuer kreativer Ansätze zur Toleranzerziehung. Die gemeinsame Internetplattform bietet Informationen über das Netzwerk und seine Arbeit sowie eine Datenbank mit Material und Terminen.



IRIS KEMPE / WIM VAN MEURS (HRSG):
Beyond EU Enlargement
 Vol. 1: The Agenda of Direct Neighbourhood for Eastern Europe
 Gütersloh 2001, ISBN 3-89204-548-8, 281 Seiten, 30 DM
 Vol. 2: The Agenda of Stabilisation for Southeastern Europe
 Gütersloh 2001, ISBN 3-89204-549-6, 283 Seiten, 30 DM



EVA FELDMANN (HRSG):
Jugendbeteiligung an der Politik – (k)ein Kinderspiel?
 München 2000, ISBN 3-933456-17-7, 92 Seiten, 15 DM

International Network
 Education for Democracy, Human Rights and Tolerance
<http://www.tolerance-net.org>

22. - 26. Oktober 2001

Achtung (+) Toleranz-Seminar in Kochel (Bayern). Im Rahmen des Toleranz-Trainings soll die Wirkung des Programms erforscht werden. Es werden noch Personen gesucht, die bereit sind, sich vor dem Seminar und drei Monate nach dem Seminar interviewen zu lassen. Anmeldung über das C·A·P.

26. - 28. November 2001

Jugendparlament für Europa: In sechs Ausschüssen werden 120 junge Leute Entscheidungen zu den Themen Humangenetik, Zuwanderung und Asyl, Arbeitswelt und Gesellschaft, Nachhaltigkeit, EU-Osterweiterung und Europäische Verfassung erarbeiten. Die Schirmherrschaft hat Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, die Ausschüsse tagen in Räumen des Bundestags und des Berliner Abgeordnetenhauses. Die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P veranstaltet das Jugendparlament für 18- bis 24-jährige gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und mit Bundestags- und Europaparlamentsabgeordneten.

Anmeldung und weitere Informationen: www.juparl.de

C·A·PANORAMA

erscheint drei bis vier Mal jährlich und wird herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap.uni-muenchen.de
V.i.S.d.P.: Jürgen Turek
Redaktion und Layout: Dominik Müller-Russell
Schlussredaktion: Eva Feldmann, Roman Maruhn,
Dominik Müller-Russell
Druck: Bartels&Wernitz Offset Druck, Friedenstr. 4,
81671 München

Die Gegenwart der Mauer in Deutschland

Von Dr. Manuela Glaab

Der Morgen des 13. August begann in der Bernauer Straße mit dramatischen Szenen: Bewohner knüpften Bettlaken zusammen und seilten sich hastig aus den Fenstern ab. Nur wenige Stunden zuvor hatten Einheiten der DDR-Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee die Dunkelheit der Nacht genutzt, um mit der Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalls“ zu beginnen. Die Häuser an der Bernauer Straße standen unmittelbar an der Demarkationslinie; hier konnte man in letzter Minute in den Westen gelangen. Seit Gründung der DDR waren 2,6 Millionen Menschen geflohen. Fast die Hälfte gelangte über West-Berlin in die Bundesrepublik Deutschland. In den Folgemonaten des 13. August ließ die SED-Führung die Mauer zu einem tödlichen Sperrsystem ausbauen. Es trennte nicht nur den sowjetischen Sektor Berlins von den drei westlichen Sektoren (45 km), sondern umgrenzte auch den Westteil der Stadt wie eine Festung (120 km). Als Monument des Kalten Krieges sollte die Mauer für fast drei Jahrzehnte die gewaltsame Teilung Deutschlands symbolisieren. Bei Fluchtversuchen starben zwischen 1961 und 1989 mindestens achtzig Menschen; sechzig von ihnen wurden erschossen. Weitere 118 Menschen wurden durch Schusswaffengebrauch verletzt und mehr als 3000 wurden festgenommen. Dennoch gelang über 5000 „Mauerbrechern“ die Flucht aus der DDR.

Der vierzigste Jahrestag des Mauerbaus rückt die dramatischen Ereignisse jenes 13. August 1961 nochmals in die öffentliche Aufmerksamkeit. Doch obwohl dieses Bauwerk des Schreckens das Leben vieler Menschen nachhaltig veränderte, spielt es heute im Geschichtsbewusstsein der Deutschen keine große Rolle mehr. Nach einer repräsentativen Umfrage der Forschungsgruppe Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband deutscher Banken vom November 2000 (Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Deutschland-Trendbuch, Leske + Budrich: Opladen 2001) sind nur drei Prozent der Westdeutschen, aber immerhin zehn Prozent der Ostdeutschen der Auffassung, der Mauerbau sollte im Gedächtnis behalten werden. Aber nicht nur die Unmenschlichkeit der Teilung wird offenbar verdrängt. Auch den Fall der Mauer, der am 9. November 1989 das Ende der SED-Herrschaft signalisierte, wollen lediglich elf Prozent der Westdeutschen und 14 Prozent der Ostdeutschen nicht vergessen.

Es erscheint bezeichnend für die „Lage der Nation“, dass diese historischen Ereignisse nicht tiefere Spuren im Geschichtsbewusstsein der Deutschen hinterlassen haben. Zwar wird die Vereinigung von der großen Mehrheit in ganz Deutschland nach wie vor begrüßt – wer könnte ernsthaft die Mauer wieder aufbauen wollen? Identitätsstiftende Impulse hat die deutsche Einheit bislang allerdings kaum entfaltet. Im Gegenteil: Die viel zitierte „Mauer in den Köpfen“ bringt formelhaft das Unbehagen über spürbare Distanzen zwischen alten und neuen Bundesbürgern zum Ausdruck. Noch immer sind deutliche Trennlinien im politischen Gemeinschaftsbewusstsein nachweisbar. Es ist diese Befindlichkeit, die den Resonanzboden für den Erfolg der PDS in den neuen Bundesländern bildet. Die SED-Nachfolgerin, mit ihrer Ausrichtung zwischen Ideologie, Ostidentität und Protest, kultiviert ein distanziertes Verhältnis zum Wertesystem der Bundesrepublik. Die Etablierung der PDS als Regionalpartei verweist auf ein neues Ost-West-Cleavage im deutschen Parteiensystem, das nicht nur einen materiellen Verteilungs- sondern auch einen sozialen Anerkennungskonflikt abbildet. Vieles spricht deshalb dafür, dass das Zusammenwachsen der beiden Teilgesellschaften ein langfristiges Projekt bleibt.

Die Autorin leitet die Forschungsgruppe Deutschland am C·A·P